

# Annahme des Notopfers im Reichstag.

(Schluß der Sonnabend-Sitzung.)

Reichsfinanzminister Dr. Brüch hat um Annahme der Anträge der Regierungsparteien. Eine Erörterung ist das Notopfer nicht. Der Antrag Dellerich geht zu weit. Die Kleinrentner sollen gekürzt werden. Es ist eine politische Notwendigkeit ersten Ranges, auch den Besitz herausziehen zur Tragung der Last des deutschen Vaterlandes. Abg. Dr. Becker (D. Sp.): Wir haben die Vorlage bekämpft, weil sie den Steuerzahlern alle Rechtsparanthen nehmen wollte. Am 1. sind die Termine zu kurz gewählt. Das Gesetz veranlaßt mich zu sehr. Eine entsprechende Verbesserung im § 1 ist gestern noch in guter Zeit erreicht worden. Wenn wir überhaupt wieder in die Höhe kommen wollen, dann müssen wir nicht mit mehr arbeiten, sondern unsere Betriebe ganz anders ausbauen. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zu unseren Änderungsanträgen zu § 1. Wir haben große Wünsche infolge der Rentnerausgleichsfrage zurückgestellt. — Abg. Dr. Mund (Dem.): Das Gesetz ist ein außerordentlich schwerer Eingriff in die Rechte. Wir sind aber gezwungen, die Vorlage anzunehmen, wenn wir unsere Finanzwirtschaft aufrecht erhalten wollen. Die notwendigen Änderungen müssen mir recht bald eingehend erörtern. — Abg. Dr. Brauns (Rehrbeitslos.): Ein Vordruck sollte nur zu dem Betrage verkauft werden dürfen, von dem es Notopfer geschildert hat. Wir stimmen der Vorlage zu und lehnen alle anderen Anträge ab. — Abg. Dente (Unabh.): Herr Dellerich hat uns durch seine Krienspolitik erst in die finanziellen Nöte gebracht. Abm alle unser schäblicher Name! — Abg. Dr. Dellerich (D. Nat.): Der Abgeordnete Dente hat gesprochen, als ob er sich nicht im Deutschen Reichstage, sondern in einer Volksversammlung befinde. Ich verlaute darauf, Leute zu belehren, die sich nicht belehren lassen wollen. — Abg. Dr. Heide (D. Nat.): Die Vordrucke haben keinerlei Sonderrechte, die sich außerhalb der gesetzlichen Bestimmungen bewegen.

Reichsfinanzminister Dr. Brüch: Aus landwirtschaftlichen Kreisen sind Zuschriften gekommen, an unseren Vordruck für die Beanspruchung von Subventionen. Trotzdem werden wir sie unter Berücksichtigung aller Parteien prüfen. — Abg. Dr. Nieber (D. Sp.): Unter Nation erhalt den Finanzbeamten außerordentlich viel Arbeit. Die Frage, bis wann die Kriegsanleihe in Zahlung genommen wird, ist noch nicht erledigt. Wir müssen sie noch im Ausmaß prüfen. Nach diesem Notopfer wird keine Anleihe anleihe mehr möglich sein. — Reichsfinanzminister Dr. Brüch: Ich danke den Parteien für das Opfer, das sie durch ihre Zustimmung bringen.

In der Einzelberatung bemerkt Abg. Oberhofen (D. Nat.), die ganze Steuerreform der Reichsfinanzminister müsse auf ihren sozialen Wert hin gründlich nachgeprüft werden.

Bei der Abstimmung wird dem Gesetz betreffend die beschleunigte Erhebung des Notopfers unter Abrechnung der denationalen Anträge in allen drei Lesungen gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten zugestimmt. Abg. Veit (D. Sp.) beantragt Ablehnung der beschleunigten Erhebung des Notopfers unter Abrechnung der denationalen Anträge in allen drei Lesungen gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten. — Abg. Veit (D. Sp.) beantragt Ablehnung der beschleunigten Erhebung des Notopfers unter Abrechnung der denationalen Anträge in allen drei Lesungen gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten.

Darauf wird die Beschlußfähigkeit des Hauses angezweifelt. Der Vorschlag führt zu der Annahme von 177 Mitgliedern. Das Haus ist also beschlußfähig.

Der Präsident benennt die nächste Sitzung an auf Mittwoch, den 19. Januar, 2 Uhr: Kleine Vorlagen und Interpellationen.

## Der Reichswirtschaftsminister über Außenhandel und Schiffahrt.

Damburg, 19. Dez. Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz erklärte hier während einer von der Handelskammer veranstalteten Ansprache, er habe sich die Annahmewirtschaft und mit dieser auch die Erhaltung der Außenhandelsstellen als eine vorübergehende Maßnahme angesehen. Es solle alles vertrieben werden, um die Folgen der Kaufmännlichkeit über die formellen Schwierigkeiten bei der Ausfuhrkontrolle durch eine Änderung des Geschäftsplans zu beseitigen. Ausfuhrmonopole zu vergeben, sei nicht die Aufgabe des Reichswirtschaftsministeriums. Die Erhebung einer Reichswirtschaftsministeramt sei endgültig in seinem Ministerium nie erwogen worden. Zu überlegen sei allerdings, ob nicht vertrieben werden müsse, die unerkennbaren Streitigkeiten gewisser Industriezweige zu lösen kommen, sei es durch eine neue Kaufmännlichkeit oder durch bereits bestehende Organisationen. Die Reichsfinanzminister sei in der neuen Gesetzgebung über das Reichsnotopfer vorgegangen, man werde aber zu erwägen haben, ob sich nicht eine Vereinigung ohne Einführung neuer Organisationen finden lasse. Er werde kein Ansuchen insbesondere auf die Wiederbelebung der Seeschiffahrt richten.

## Das Ende des Berliner Hotelkrieges.

Wie gemeldet wurde, fand im Gipsland-Hotel eine Versammlung des Vereins Berliner Hotelbesitzer statt, in der die Wiedereröffnung der Hotelkassen beschlossen wurde. Die Behörden hatten Erklärungen abgegeben, die ein wohlwollendes Entgegenkommen in der Anwendung der Seeschiffahrtbestimmungen anboten. Andererseits kamen die Hotelbesitzer den Behörden insofern entgegen, als sie versicherten, in Zukunft die bestehenden Bestimmungen einhalten zu wollen und vor allem die öffentlichen 5-Uhr-Zeeß fortfallen zu lassen.

## Der englische Bericht über Shagerrak.

London, 19. Dez. (Heuter.) Hier wurden die Dokumente über die Seeschlacht von Shagerrak (Shagerrak) veröffentlicht, u. a. eine Depesche vom 18. Januar 1910, in der Admiral Jellicoe heroverheit, der Kommandant der Schlachtkreuzerflotte hätte das einia Nichtig getroffen, indem er den Feind angriff. Der Admiral hebt die große Präzision des deutschen Schießens hervor und erklärt das Schicksal der britischen Einheiten damit, daß die Sichtverhältnisse nicht gleich gut waren.

## England und der deutsche Bericht.

London, 19. Dez. Die hiesigen Zeitungen veröffentlichen den deutschen Bericht über die Seeschlacht am Shagerrak. Sämtliche Blätter schreiben hieran Verurteilung. In den meisten wird der hiererliche Ausgang der Seeschlacht unterstrichen, doch werden zugleich die Lehren des Berichtes hervorgehoben. Es wird betont, daß die deutsche Flotte der englischen in Bezug auf Organisation und Ausrüstung, sowie an Schnelligkeit der Schiffschiffahrt überlegen gewesen sei. Ferner sei das deutsche Geschützfeuer außerordentlich gewesen. Die meisten Blätter verlangen, daß man sich eingehend mit den Lehren der Seeschlacht beschäftige. (19. D. B.)

## Ein geheimes Konfessorium in Rom.

Rom, 19. Dez. Hier wurde unter dem Vorsitz des Papstes ein geheimes Konfessorium abgehalten, in dem die Ernennung von Bischöfen behandelt wurde. 21 Kardinäle nahmen an dem Konfessorium teil. Der Papst ernannte den Kardinal Merello del Val zum Kardinal Bischof des heiligen Kollegiums und überreichte ihm eine Brieftasche als das herabgebrachte Zeichen dieser Würde. Der Papst hielt eine Ansprache, verpflichtete die Kardinäle zur Wahrung des Geheimnisses bezüglich ihres Inhalts und ernannte mehrere Bischöfe in Italien und im Auslande.

# Der hollische Bergarbeiterstreik beigelegt!

Die Vertreter des Bergwerksbesitzes haben den Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums einstimmig angenommen. Am nächsten Sonntag fand in Dülmen eine Plenarsitzung der Bergarbeitervereine statt, in der ebenfalls dieser Beschluß gefaßt wurde. Es wurde beschlossen, die Arbeit heute, Montag, in vollem Umfange wieder aufnehmen. Damit hat der achtjährige Zustand sein Ende erreicht.

Der am Sonnabend nach mehr als sechshündiger Verhandlung im Reichsarbeitsministerium im Verle vom Schiedsgericht gefaßte Spruch hat folgenden Wortlaut:

- A. Von Beginn der Wiederaufnahme der Arbeit treten folgende Vohnerhöhungen in Kraft: 1. Für Arbeiter über 20 Jahre eine Erhöhung von 1,75 Mk. pro Schicht. 2. Für die Arbeiter von 16 bis 20 Jahren und für die weiblichen Arbeiter eine Erhöhung von je 1 Mk. pro Schicht. 3. Für die jugendlichen Arbeiter eine Erhöhung von 50 Pfa. pro Schicht. 4. Für Verheiratete und alleinige Erzieher im Sinne der Deutscherberetung ein Monatslohn von 2,50 Mk. pro Arbeitstag. 5. Erhöhung des Kindergeldes von 2 Mk. auf 2,50 Mk. pro Arbeitstag.
- B. Für die Monate Oktober, November und Dezember bis zur Wiederlegung der Arbeit wird anerkannt: 1. Für die Arbeiter über 20 Jahre eine Erhöhung von 2,50 Mk. pro Schicht. 2. Für die Arbeiter von 16 bis 20 Jahren und für die weiblichen Arbeiter eine Erhöhung von je 1 Mk. pro Schicht. 3. Für die jugendlichen Arbeiter eine Erhöhung von je 50 Pfa. pro Schicht.

Die Parteien haben sich über die Annahme oder Ablehnung dieses Schiedspruches bis zum 28. Dezember 1920 zu entscheiden.

## Vertliches und Sächliches.

### Die Eisenbahnerbewegung.

Weitern, Sonntag, fand eine von der Gewerkschaftlicher Eisenbahner, Landesverband Zahlen, einberufene Verbandskonferenz statt, welche von aus Vorstandmitgliedern, Bezirksleitern, Bezirksvorständen und Ortsgruppenleitern hart besetzt war und zu der Ablehnung der Erhöhung der Feuerungsleistungen Stellung nahm. Nach eingehender Aussprache wurde folgende Entscheidung einstimmig angenommen: Die am heutigen Tage tagende Verbandskonferenz der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner nimmt Kenntnis von den durch die Gewerkschaftsleitungen unternommenen Schritten zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Beamten, Weichen und Arbeiter der Reichseisenbahnen und spricht der Leitung ihr volles Vertrauen aus. An die Gewerkschaftsleitung richtet sich das dringende Verlangen, alle Verhandlungsmöglichkeiten zehlos zu erschöpfen, um eine befriedigende Lösung zu erreichen. Sollten die Verhandlungen erfolglos sein, so gemeinsam mit allen übertragungsstellen das beste annehmliche Mittel anzunehmen, um das Wirtschaftswohlstand vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch zu bewahren. In die gleiche Richtung wird das dringende Verlangen geäußert, den Eisenbahner in der Erfüllung ihrer beruflichen Pflichten bestmöglich zu sein.

### Heber Völkerverbände

Am Sonnabend fand in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Dresden des Mitteldeutschen Verbands der Schriftleiter Dr. Münder einen vorzüglich durchdachten Vortrag. Ausgehend von dem in diesen Tagen erfolgten Abschluß der Wiener Völkerverbände wurde der Redner fest, daß das tatsächliche Ergebnis dieser Tagung mit den in manchen Kreisen geäußerten Hoffnungen in starkem Widerspruch liege. Kennzeichnend für den Geist, in dem heute die Friedensbewegung auftritt, sei die Verkennung des Friedensbegriffes als Voraussetzung, der in dem Wesen der Abwertung gesprochen habe, und an Willen, der ohne Not, lediglich aus kapitalistischen Gründen, Amerika in den Krieg verwickelt habe. Die Entscheidung über den gemeinsamen Völkerverband müsse aus der vorhergehenden Tatsache resultieren, daß die Staaten des Zwiates her, der ein vom Völkerverband erfüllter Organismus, kein Handelsvertrag oder bloßer „Verständigungspakt“ sei. Völkerverband und Völkerverbände seien nicht nur, wie der Redner auf Grund von Bergleihen der Regierung Griechenlands durch die Abwehr mit der heiligen Weltpolitik darlegte. Die dann, aber auch im Mittelalter der Gedanke der Weltbeherrschung die Kaiser und Päpste erfüllt. Erst mit Karl V. habe diese Einwirkung ihr Ende gefunden, und nach dem Dreißigjährigen Krieg sei der Grundgedanke vom Weltgewalt der Mächte zur Geltung gekommen. Vom Völkerverband, dem sich die einzelnen Völkerverbände angeschlossen haben, und das von Großteil und anderen grundlegend erfüllt worden sei, habe man den Völkerverband erwarnt. Der Redner ging darauf auf den Weltfriedensorganisationsplan des Abbe St. Pierre und auf Kant's Schrift „Zum ewigen Frieden“ ein. Kant besetze den Völkerverband, demokratische Staaten ohne weiteres als Friedensfreundliche anzusehen. Das Beispiel Italiens, Rumäniens und Amerikas im Völkerverband beweise das Gegenteil. Kant's Versuch sei Theorie geblieben, die Döllinger Allianz habe durch England ein rasches Ende gefunden. Der Grundgedanke vom Weltgewalt der Mächte habe fortan die entscheidende und später auch die Weltpolitik beherrscht. Der heutige Völkerverband sei ein Bündnis in unvollständiger Verhüllung, die von den angestrebten Mächten getragen würden. Der Hauptfehler des Völkerverbandes liege in seiner in dem auf neue betonten Verknüpfung mit dem Völkerverband. Die Wiener Tagung habe entschieden müssen, weil kein Staat auf seine Individualität habe verzichten wollen und das Weltbeherrschungsbüro der Sieger die Friedensbewegung ganz in den Hintergrund gedrängt habe. Der Gegenstandswort sei durch den Völkerverband nur zwischen Amerika und Japan sei durch den Völkerverband nur überflüssig, nicht beseitigt. Er bedeute einen Rückschlag auf eine frühere Kulturstufe, ein Mittel zur Durchsetzung der alten Weltbeherrschung einer einzelnen Macht. Als deutscher Interesse müsse demgegenüber die Sicherung der Freiheit der Völker und die Wahrung ihrer nationalen Eigenart betont werden. Sie seien gleichbedeutend mit der Fürsorge für wahr, nur auf dem Boden eines bewußten Völkerverbandes mögliche Kultur.

Der Vortrag, der ein umfassendes, tiefes Quellenstudium erkennen ließ, wurde mit lebhaftem Beifall ausgezeichnet. — An der Aussprache unterstrich Konrad Dr. Kretschmar die Schlußbedeutung des Redners, daß der Völkerverband geändert werden müsse. Eine weitreichende Aufklärung des Volkes über die Bestimmungen dieses Vertrages müsse endlich einlehen, ebenso über die furchtbare Lage von der Schuld Deutschlands am und im Krieg, sowie darüber, was Deutschland jetzt zu leiden habe (schwarze Schmach usw.). Der Vorsitzende Dr. Dente, Oberkonsul Dr. Wang und Dr. Gronau schloßen dem Vortragenden bei, daß wir nicht im Völkerverband zu suchen hätten, und nur nationale, keine internationalen Politik treiben müßten.

### Die Preise von Christbäumen, Kerzen und Bachzulaten.

Das Landespreiskomitee hat in Verhandlungen mit den Interessenten folgende Preise als angemessen festgesetzt: Ein Kleinbaum dürfen höchstens bis 2,50 Meter Höhe nicht über 6 Mk. kosten, gute Qualitäten bis 7 Mk., Tannen bis 2 Meter Höhe nicht über 12 Mk., gute Qualitäten bis 14 Mk. Diese Preise sind bestimmt durch die gegen früher sehr erhebliche Preissteigerung, insbesondere die teuren Krachten. In kleineren Städten und Plätzen, wo Bezug aus sächlichen Waldungen oder aus nachlässig angelegten Gebieten vorliegt, dürfen die Preise natürlich niedriger sein. Baumkerzen dürfen nur in Verkauf gebracht werden, wenn auf der Außenseite jeder Packung in einer

für den Käufer leicht erkennbaren Weise und in deutscher Sprache folgende Angaben enthalten sind: Name, Firma und Ort der gewerblichen Hauptniederlassung des Herstellers, der die Kerzen hergestellt hat, Kleinverkaufspreis für die ganze Packung und für die einzelne Kerze, Anzahl, Abgemessen und eingewickelt der in der Packung enthaltenen Kerzen. Einzelne Kerzen dürfen nur aus den dazu gehörigen Packungen verkauft werden, so daß der Käufer sich von der Mächtigkeit des verlangten Preises überzeugen kann. Der Kleinverkaufspreis für Paraffinbaumkerzen beträgt für das 4-Pfund-Paket 4,30 Mk., für eine Kerze aus dem 4-Pfund-Paket zu 30 Stück 0,14 Mk., für eine Kerze aus dem 4-Pfund-Paket zu 24 Stück 0,18 Mk., der Kleinverkaufspreis für Stanzbaumkerzen für das 4-Pfund-Paket 7,50 Mk., für 1 Kerze aus dem 4-Pfund-Paket zu 30 Stück 0,25 Mk., für 1 Kerze aus dem 4-Pfund-Paket zu 24 Stück 0,30 Mk. Auch die hohen Verkaufspreise haben Veranlassung zu Preisprüfungen und Nachprüfungen im Landespreiskomitee gegeben. Die Verhältnisse liegen insofern ungünstig, als Zahlen vorliegend auf Einfuhr außerordentlich und ausländischer Waren angewiesen ist. Daher beeinflussen der schlechte Stand der deutschen Markt im Auslande und die hohen Transportkosten den Verkaufspreis ungünstig. Es wird jedoch seitens des Landespreiskomitees und der örtlichen Preisprüfstellen eine scharfe Kontrolle geübt. Großhändler und Kleinhändler müssen jederzeit in der Lage sein, ihre Verkaufspreise durch die Berechnungskosten zu rechtfertigen. Glaubt sich das Publikum überfordert, so ist der Antrag zur Abschaffung an die Preisbehörde zu richten. Rollen werden im Kleinhandel mit 13 bis 14 Mk. pro Pfund für hohe (Gleimas) und mit 21 bis 27 Mk. für kleine (Sulzmas) festgesetzt. Der Preis dürfte gegenüber den Großhandelspreisen angemessen sein. Die immerhin nicht geringe Spanne erklärt sich aus der zeitlichen Differenz des Einkaufs. Für Dese ist als angemessener Preis angenommen worden: Pfundverkaufspreis für Gese im ganzen 8 Mk., Pfundverkaufspreis für ausgewogene Gese 7,50 Mk. (Stamm kostet demnach 1/2 Pfa. Diese Preise gelten für die Spezialverkaufsstellen, beim Bezug von Väter erscheint eine Erhöhung von 2 Pfa. für 1 Gramm Gese zulässig. Unter den heutigen Verhältnissen dürfte der Kauf von Gese beim Väter als Ausnahmemaßnahme anzusehen sein.

Sein 30. Lebensjahr vollendet heute, Montag, bei autem körperlichen Mächtigkeitsfinden und in activer Arbeit der hier im Ruhestand lebende ehemalige Bahnhofsinspektor Coelestin Sorener, Sohn des im Jahre 1850 verstorbenen Königl. Bezirksrates Dr. Sorener in Delitzsch. Er hat die Vorkursus zu Grimme, das Gymnasium zu Plauen und die Universität zu Leipzig besucht, um hierauf 1878 in den Staatsrechtsstudien überzutreten. Auf den Bahnhöfen Jwida, Velpitz, Plauen i. V., Neust., Chemnitz und Dresden-N. hat er dem hiesigen Staat gedient. Nach Dresden kam er im Jahre 1879 und verwalte hier auf dem ehemaligen böhmischen, späteren Hauptbahnhof das Amt eines Inspektors. 1890 trat er in den Ruhestand. Neben seiner amtlichen Tätigkeit war Sorener nahezu ein halbes Jahrhundert lang Mitarbeiter einer ganzen Reihe von Tageszeitungen und betätigt sich auch bis heute noch in dieser Richtung.

Bei der Kirchenparochialwahl in der Friedenskirchengemeinde zu Vorstadt Völkern am gestrigen Sonntag wurden 854 Stimmen abgegeben. Gewählt wurden die Herren Stadtbauinspektor Schreiber, Gärtnermeister Verhoff, Hauswerke Rißler, Droßig Franz, Privatrat Demuth, Advokat Risch, Lehrer Probst und Privata Minna Tenckhoff.

Schiedspruch in der heimischen Industrie. Vom Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angeschäftenerverbände (Deutschnationaler Kaufmannschaftsverband und Verband der weiblichen Gasthaus- und Bureauangestellten) wird mitteilt, daß am Sonnabend mittags vor dem Schlichtungsausschuß über die dem Arbeitgeberverband der heimischen Industrie unterbreiteten Forderungen verhandelt und folgender Schiedspruch gefaßt worden ist: 1. Für die Zeit vom Oktober 1920 bis mit Januar 1921 erhalten die Angestellten in der heimischen Industrie in den beiden Amtshauptmannschaften Dresden auf die ihnen tatsächlich geschuldeten Gehälter eine monatliche Zulage: bis zum 6. Berufsahre Ledige 200 Mk., Verheiratete 250 Mk., vom 7. bis 11. Berufsahre Ledige 250 Mk., Verheiratete 300 Mk., über das 11. Berufsahre hinaus Ledige 300 Mk., Verheiratete 350 Mk. Die Zulagen erhalten folgende Zuschläge während der angegebenen Dauer: im 1. Berufsahre 50 Mk., im 2. Berufsahre 75 Mk., im dritten Berufsahre 90 Mk. monatlich. 3. Alle vorstehend angeführten Zulagen erhalten nur diejenigen Angestellten, deren Gesamteinkommen den Betrag von 24000 Mk. jährlich nicht übersteigt. Von den Zulagen wird der Betrag abgezogen, der das Gesamteinkommen des Angestellten durch die Zulage über 24000 Mk. jährlich bringen würde. Weiterhin kann von den Zulagen der Betrag abgezogen werden, der den Angestellten etwa von einzelnen Arbeitgebern seit 1. November 1920 gewährt worden ist. 4. Die Parteien haben sich bis zum 22. Dezember 1920, abends 6 Uhr, über die Annahme des Schiedspruches zu erklären. Die Angestellten der heimischen Industrie werden in einer Parochialparochialversammlung, die heute, Montag, abend 7 Uhr im „Löwenbräu“ stattfindet, an dem Schiedsgericht Stellung nehmen.

Die Freilassung der verurteilten Strafen für den Radfahrerverkehr ist von der Polizeidirektion abgelehnt worden. Für Anfang Januar ruft die Deutsche Radfahrervereinigung, Ortsgruppe Dresden, wiederum die Dresdner Radfahrerverbände zusammen, um weitere Schritte zu beraten.

Beleuchtung der Fahrräder. Nach der Bekanntmachung der ehemaligen stellvertretenden Generalkommandanten XII und XIX vom 5. Dezember 1910 durfte wegen des damals herrschenden Mangel an Beleuchtungsmitteln von Kraftfahrzeugen — abgesehen werden. Da die Voraussetzungen dazu weggefallen sind, hat nunmehr das Ministerium des Innern diese Bekanntmachung wieder aufgehoben und bestimmt, daß jedes Fahrrad während der Dunkelheit und bei starkem Nebel künftig wieder mit einer hellbrennenden Laterne mit farbigen Gläsern, welche den Verkehrern nach vorn auf die Fahrbahn wirkt, versehen sein muß.

Der „Goldene Sonntag“ hatte zahllose Menschen nach der inneren Stadt geführt. Über die Bräuen, an denen eine ganze Reihe von Verkaufsmännern ihre rab-felglänzenden Waren erfragen ließen, krönten besonders in den späteren Nachmittagsstunden immer mehr Leute der Altstadt an. Erstreckterweise hatte der wieder eingetretene leichte Frost die Straßen von dem nassen Schmutz, der am Freitag und Sonnabend das Gehen höchst unangenehm erscheinen ließ, befreit. Aber es war doch recht schade, daß die zwei Lawertertage den Winter mit seiner weichen Pracht aus der Stadt verjagt hatten. Ein solch trauriger Weihnachtstimmung war damit wieder verschwunden. Und es ist ja auch dieses Jahr so schwer, eine um allseitige Sorgen unbedrücktere weihnachtliche Freude aufkommen zu lassen. Weihnachten ist das Fest, an dem jeder den Wunsch hat, den Seinen mit einem Geschenk seine Liebe zu bezeugen; lange vorher träumen schon die Kinder von all den geheimnisvollen Liebergaben, die ihrer am Pflaster erfüllen, wenn sie sich neugierig sehen, auf den Hüften so mancher Dinge, von denen sie wissen, daß sie das Ziel ihrer Sehnsucht der Lieben zu Hause bilden, abermals bezichtigen zu müssen, da andere dringende Bedürfnisse befriedigt sein wollen. Das empfinden auch die Geschäftsleute recht schmerzhaft, die sich wohl immer auf die Weihnachtsstunde verträumen, wenn der Abtag im Jahre gering bleibt. Gestern ist sicher wieder mancher enttäuscht worden, der vom Goldenen Sonntag die „Widergung“ erhofft hatte. So viele Leute von den hell-erleuchteten Schaufenstern aus vorüberzogen oder neben